



## Anmeldeüberhang an den Gesamtschulen sinkt um fünf Prozent

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung teilt mit:

**Düsseldorf, 27. Februar 2009.** Die Anmeldezahlen an den Gesamtschulen sind rückläufig. Dies ist eine Folge des demografischen Wandels. Auch die Zahl der Kinder, die an den Gesamtschulen nicht aufgenommen werden können, sinkt um rund 800 – das entspricht einem Rückgang um rund fünf Prozent. Der bestehende Anmeldeüberhang an den Gesamtschulen ist zudem kein neues Phänomen. Eine Flucht vor dem G8-Abitur ist damit auf gar keinen Fall verbunden, das beweisen die ansteigenden Anmeldezahlen an den Gymnasien.

Auch bei den Hauptschulen zeigen die Anmeldezahlen: Dort wo die neue Qualitätsoffensive Hauptschule umgesetzt wurde und eine Hauptschule im Ganztagsbetrieb geführt wird, bleiben die Anmeldezahlen stabil. Selbst die Vorsitzende der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen Dagmar Naegele hat heute auf ihrer Pressekonferenz zugeben müssen, dass der Ganztagsbetrieb der entscheidende Vorteil der Gesamtschule im Vergleich zu anderen Schulformen sei.

„Die Gesamtschulen sind ein fester Bestandteil des gegliederten Schulsystems. Die Vorwürfe der Gesamtschulverbände, die Landesregierung betreibe eine gesamtschulfeindliche Politik, sind unsinnig. Anträge auf die Genehmigung von Gesamtschulen werden von uns wie bei jeder anderen Schulform auch nach Recht und Gesetz geprüft. Wenn die Kriterien erfüllt sind, werden auch neue Gesamtschulen genehmigt, wie etwa zuletzt in Hemer oder Siegburg“, betonte Schulministerin Barbara Sommer.

Hierzu zählt vor allem die notwendige Leistungsheterogenität der Schülerschaft, die heute vom Verwaltungsgericht Köln noch einmal bestätigt wurde. Barbara Sommer: „Diesem Anspruch muss auch jede bestehende Gesamtschule genügen.“ Aktuelle Medienberichte zeigen, dass dieser Grundsatz an einigen Gesamtschulen verletzt wird. Gesamtschulen haben den Auftrag, mit Kindern aller Leistungsstufen zu arbeiten und auch benachteiligten Schülerinnen und Schülern einen Weg zu höheren Bildungsabschlüssen zu ebnen. „Es ist nicht zulässig, wenn sich einzelne Gesamtschulen ihre Schülerschaft handverlesen aussuchen und Kinder mit Hauptschul-Empfehlung so gut wie keine Chance haben, aufgenommen zu werden“, betonte die Schulministerin.

Die Gesamtschulverbände kritisieren, dass ihnen von der rot-grünen Landesregierung aus ideologischen Gründen gewährte Privilegien entzogen wurden. Hierzu zählen etwa das frühere Privileg des exklusiven Ganztagsausbaus sowie das Privileg des vorgezogenen Anmeldetermins. Barbara Sommer: „Wir behandeln die Gesamtschule wie jede andere Schule auch. Es gibt aber keine Vorzugsbehandlung für irgendeine Schulform – auch nicht für die Gesamtschule.“